Wie der Westen plante, die Ukraine im Stellvertreterkrieg gegen Russland zu benutzen

17 Feb. 2023 21:34 Uhr

Die Ukraine dafür zu nutzen, um es mit Moskau aufzunehmen zu wollen, war eine akribisch geplante Strategie, an der lange gearbeitet wurde. Und man ist durchaus bereit, bis zum letzten Ukrainer gegen Russland zu kämpfen.



Quelle: Gettyimages.ru © John Moore / Getty Images Ein Panzer der ukrainischen Armee fährt während eines Trainings am 9. Mai 2022 in der Nähe der ukrainischen Region Dnjepropetrowsk über im Erdloch kauernde Infanteristen.

Von Olga Sucharewskaja

Seit Beginn der russischen Militäroffensive vor fast einem Jahr hat die Ukraine zig Milliarden US-Dollar vom Westen erhalten. Diese Gelder sind direkt verantwortlich für den Tod von Tausenden von Ukrainern, einschließlich der Zivilisten im Osten der Ukraine. Die USA und deren Verbündete, die sich in erster Linie auf ihre eigenen Interessen konzentrieren, sind dessen sich voll und ganz bewusst, dass dieser Krieg ohne ihre "Großzügigkeit" längst schon zu Ende wäre.

Milliarden für Mord

Der Prozess, die Ukraine mit Geld und Waffen vollzupumpen, begann nicht erst im Jahr 2022. Er begann acht Jahre zuvor, spätestens nach dem Regierungsumsturz auf dem Maidan in Kiew. Laut Transparency International stellten allein die USA der Ukraine im Zeitraum von 2014 bis 2017 rund 660 Millionen US-Dollar an "technischer Hilfe" zur Verfügung. Bis März 2022 hatte die US-Militärhilfe für die Ukraine bereits die Marke von zwei Milliarden US-Dollar überschritten.

Vor Russlands Militäroffensive 2022 wurden solche Waffenlieferungen an Kiew irreführend als "defensiv" und "nicht letal" bezeichnet. Im Jahr 2016 übergab Litauen der Ukraine beispielsweise etwa 150 Tonnen Munition – hauptsächlich Patronen für das Sturmgewehr AK-74 sowie 60 Maschinengewehre und 86 schwere Maschinenkanonen. 2017 lieferte Vilnius zudem Waffen im Wert von zwei Millionen Euro: 7.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen, inklusive Patronen, 80 Maschinengewehre, mehrere Dutzend Mörser und Panzerabwehrkanonen. Seit 2018 belieferten die Vereinigten Staaten von Amerika die Ukraine zusätzlich mit Panzerabwehr-Lenkraketen (AAWS-M) vom Typ Javelin.

Aber der wahre Geldsegen landete erst vergangenes Jahr in den Händen der ukrainischen Führungsclique. Anfang Oktober 2022 beliefen sich die westlichen Hilfszusagen für die Ukraine auf 126 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Das offizielle nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine entsprach 130 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft beliefen sich die direkten militärischen Lieferungen und Finanzhilfen zwecks Deckung des Haushaltsdefizits der Ukraine – aufgrund der gestiegenen Militärausgaben – auf etwa 93 Milliarden US-Dollar. Die Zahlen zeigen, dass drei Viertel der "Hilfe" des Westens für die Ukraine in die Kriegsbemühungen fließen.

Das Institut fügte hinzu, dass die USA ab Oktober 2022 die größte Verpflichtung zur Unterstützung der Ukraine eingegangen seien. Diese belief sich auf 45 Prozent, oder 55 Milliarden US-Dollar, wobei zwei Drittel aus reiner Militärhilfe bestanden. Als nächstes kam die Europäische Union mit Geld im Wert von 48 Milliarden US-Dollar. Auf EU-Institutionen entfielen davon 19,2 Milliarden US-Dollar, der Rest wurde von einzelnen EU-Staaten bereitgestellt, wobei Polen den größten Beitrag geleistet hat: 7,6 Milliarden US-Dollar, davon 4,5 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung von Flüchtlingen. An dritter Stelle liegt das Vereinigte Königreich mit 7,4 Milliarden US-Dollar, gefolgt von Deutschland mit 6,7 Milliarden US-Dollar, Kanada mit 3,2 Milliarden US-Dollar, der Tschechische Republik mit 1,8 Milliarden US-Dollar und schließlich mit Norwegens 1,6 Milliarden US-Dollar. Zudem wurden weitere 4,9 Milliarden US-Dollar von US-amerikanisch kontrollierten internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bereitgestellt. Kiews aktivste "Spender" sind Estland, dessen Hilfe an die Ukraine 1,51 Prozent des eigenen BIP ausmachte, gefolgt von Lettland mit 1,29 Prozent des BIP, Polen mit 1,28 Prozent, Litauen mit 0,83 Prozent und die Tschechische Republik mit 0,74 Prozent. Insgesamt hat die EU im Durchschnitt 0,28 Prozent ihres BIP bereitgestellt und die USA 0,26 Prozent



Eine russische selbstfahrende Haubitze 2S3 feuert auf eine ukrainische Stellung.RIA Nowosti / Sputnik / Sputnik

Schneller, größer, weiter

Nach dem Zugriff für die Ukraine verwandelten sich diese – selbst nach westlichen Maßstäben – gigantischen Geldsummen in gigantische Mengen an Waffen, mit denen weiterhin auch Wohnviertel im Donbass angegriffen werden. Laut Bloomberg haben westliche Länder Kiew seit Beginn der russischen Militäroperation über 4.000 Einheiten gepanzerter Fahrzeuge, Panzer, Hubschrauber und Drohnen, Artilleriewaffen und andere Waffensysteme übergeben.

Aber das ist nicht alles. Präsident Wladimir Selenskij hat kürzlich Westeuropa auf der Suche nach weiteren Waffenlieferzusagen bereist. Deutschland gab schließlich seinen Forderungen nach und versprach, zwischen März und Mai eine stattliche Anzahl schwerer Kampfpanzer zu liefern. Dazu gehören: 17 Leopard 2A6, 24 Leopard 2A4, 30 Leopard 1A5. Dazu kommen 14 Challenger 2 aus Großbritannien sowie 30 PT-91 und 30 T-72M aus Polen. Die Spende von 31 US-M1-Abrams-Panzer wurde auf Ende 2023 oder Anfang 2024 hinausgeschoben. Es wird erwartet, dass Deutschland 20 bis 25 Leopard 1A5/A5DK gegen Ende dieses Sommers in Auftrag geben und im Laufe des Jahres 2024 die meisten der zugesagten Leopard-1-Panzer ausliefern wird.

Aktiv diskutiert wird auch die Lieferung von Raketen mit einer Reichweite von bis zu 550 Kilometern. Laut *The Times* könnten dies Harpoon-Anti-Schiffs-Raketen mit einer Reichweite von 240 Kilometern und Marschflugkörper vom Typ Storm Shadow sein, die auch Ziele in einer Entfernung von über 550 Kilometern treffen können. Darüber hinaus war Kiew bestrebt, Washingtons ballistische ATACMS-Raketen mit einer Reichweite von bis zu 310 km sowie Drohnen vom Typ MQ-1C Grey Eagle, die mit AGM-114 Hellfire-Raketen ausgerüstet werden können, in die Hände zu bekommen.

Auch Kampfjets stehen auf der Agenda. Sowohl die Niederlande als auch Polen sagten zu, dass sie Kampfjets vom Typ F-16 an die Streitkräfte der Ukraine übergeben werden. Während eines Treffens mit Selenskij bat der britische Premierminister Rishi Sunak seinen Verteidigungsminister Ben Wallace herauszufinden, welche Kampfjets London möglicherweise der Ukraine übergeben

könnte, und drückte gleichzeitig seine Bereitschaft aus, ukrainische Piloten in Großbritannien ausbilden zu lassen. Das britische Militär schlug daraufhin andere Mittel zum Schutz des ukrainischen Luftraums vor, darunter Langstreckenraketen und Drohnen.

In Bezug auf Kampfjets kommentierte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, das sei angeblich "keine Diskussion, die wir führen". Doch angesichts dessen, dass sich Berlin zunächst auch Panzerlieferungen widersetzte, ist diesen Worten kaum zu trauen.



Russische Soldaten beziehen am 2. März 2014 eine Stellung rund um den ehemaligen ukrainischen Stützpunkt in Perewalnoje auf der Krim.Sean Gallup / Getty Images / Gettyimages.ru

Schlachtinstrumente als Geschenk der NATO

Westliche "Hilfe" tötete Ukrainer bereits zu Tausenden. Im November 2022 schätzte die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dass Kiew mindestens 100.000 Soldaten verloren habe, bevor sie ihren Kommentar auf Druck von Unterstützern der Ukraine aus den Sozialen Medien schnellstens wieder löschen musste. Seitdem sind weitere drei Monate des Gemetzels vergangen.

In der gesamten Ukraine sind enorme Erweiterungen von Friedhöfen zu beobachten. Um Verluste an Kämpfern auszugleichen, haben die Behörden eine zusätzliche Mobilmachung angeordnet. Dieser Prozess hat sich zu einer regelrechten Menschenjagd entwickelt, bei der Männer mit Gewalt in den Kriegsdienst gezerrt werden – das zeigen Dutzende von Videos, die online frei verfügbar sind.

Angesichts der Verluste an ursprünglicher Ausrüstung der ukrainischen Armee ist davon auszugehen, dass nunmehr die Angriffe auch auf die Zivilbevölkerung im Donbass, in Saporoschje und in Cherson sowie auf die Grenzregionen Russlands fast ausschließlich mit westlichen Waffen durchgeführt werden.

Beweis dafür ist Videomaterial von zerstörter ziviler Infrastruktur im Donbass. Amerikanische "Spenden" in Form von HIMARS-Raketen treffen Wohngebiete in Donezk und in Stschastje im tiefen Hinterland von Lugansk. Das Kalinin-Krankenhaus in Donezk sowie ein Krankenhaus in Nowoaidar im Gebiet Lugansk wurden beide durch NATO-Waffen zerstört. Und dies ist nur ein kleiner Teil des Gemetzels, das von Kiew unter Verwendung westlicher Waffenlieferungen begangen wird.

Laut der Hohen Vertreterin der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen Izumi Nakamitsu wurden seit Februar 2022 mindestens 7.100 Zivilisten im Zuge der Kampfhandlungen getötet. "Die tatsächliche Opferzahl ist wahrscheinlich viel höher", fügte Nakamitsu hinzu. Der Befehlshaber der norwegischen Streitkräfte Oberst Eirik Kristoffersen, schätzt allein die zivilen Opfer auf 30.000 Menschen.

Es gibt auch Hinweise darauf, dass einige derzeit nur diskutierte Langstreckenraketen bereits nach Kiew geliefert wurden. Der Leiter der Verwaltung des russischen Teils des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, hat berichtet, dass ukrainische Raketen den Hotelkomplex "Hunter's Camp" in Melitopol getroffen und dabei Zivilisten getötet haben. Die Stadt liegt allerdings weiter als 100 km von der Frontlinie entfernt.

Kampf gegen Russland bis zum letzten Ukrainer

Das Leben des ukrainischen Volkes wird im Interesse einer vom Westen geplanten geopolitischen Konfrontation geopfert. Bei einem Treffen des Europarates am 24. Januar 2023 sagte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock: "Wir – die EU – führen einen Krieg gegen Russland, nicht gegeneinander." Sie war später gezwungen, ihre Worte zurückzunehmen, aber andere westliche Offizielle haben sich längst ähnlich geäußert, wenn auch auf weniger direkte Weise.

Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte: "Wenn Putin sich durchsetzt, bedeutet das nicht nur eine Niederlage für die Ukraine, sondern für uns alle." Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ging sogar so weit, eine Niederlage Russlands als "den polnischen und europäischen Sinn des Lebens" zu bezeichnen.

Politiker gestehen – wenn überhaupt – in der Regel erst nach ihrem Rücktritt die Wahrheit ein. Die kürzlich erfolgten Erklärungen der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des ehemaligen französischen Präsidenten Francois Hollande haben gezeigt, dass die Minsker (Friedens-)Abkommen von 2014 und 2015 seitens der Ukraine und des Westens nur unterzeichnet wurden, um der Ukraine mehr Zeit zu verschaffen, um sich zu bewaffnen, bevor es zu einer längst vorgesehenen und umfassenden militärischen Konfrontation mit Russland kommen kann.

Mit anderen Worten, der Krieg gegen Russland durch die Ukraine als Stellvertreter des Westens war eine sorgfältig geplante Strategie der USA, der NATO und der Europäischen Union, die sehr lange verdeckt in Vorbereitung war.

Übersetzt aus dem Englischen

Olga Sucharewskaja ist eine ehemalige ukrainische Diplomatin.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.